Kohle allein ist nicht genug

Umweltexperte Alexander Ochs über Barack Obamas klimapolitische Offensive.

Von Walter Hämmerle

Wien/Washington. Timing entscheidet in der Politik oft über Erfolg und Misserfolg, vor allem wenn es um so umstrittene Fragen wie die Klimapolitik geht. Die Entscheidung der US-Umweltschutzbehörde EPA, den CO_2-Ausstoß der Kohlekraftwerke zu beschneiden, hat sofort die Kritiker von Präsident Obama auf den Plan gerufen, die vor Milliardenkosten für Wirtschaft wie Bürger warnen. Zudem stehen im November die Midterm-Wahlen an, bei der die Demokraten auch die Mehrheit im Senat verlieren könnten.

Dennoch ist der Umweltexperte Alexander Ochs überzeugt, dass „jetzt der richtige Zeitpunkt" für die Maßnahmen war. Der gebürtige Deutsche ist Direktor des Klima- und Energieprogramms der Washingtoner Denkfabrik „World Watch", die sich mit Fragen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Umweltpolitik beschäftigt. Die „Wiener Zeitung" sprach mit Ochs über Obamas Pläne.

■ ■ ■

„Wiener Zeitung": *Wie ehrgeizig ist die Ankündigung der EPA, die CO_2-Emissionen bis 2030 auf der Basis von 2005 um 30 Prozent zu kürzen?*

Alexander Ochs: Da gibt es zwei Perspektiven: Zum einen ist es ein wichtiger nächster Schritt in Obamas Klimapolitik – der Erste bestand in den scharfen Flottenverbrauchsvorgaben für Fahrzeuge. Andererseits geht es nicht um den Gesamtausstoß, sondern nur um die Elektrizitätsproduktion, also rund 40 Prozent der amerikanischen Emissionen. Hinzu kommt, dass sich das Reduktionsziel auf die Basis des Jahres 2005 bezieht: Stand 2013 sind die CO_2-Emissionen der amerikanischen Kraftwerke bereits um 10 Prozent gesunken, es fehlen also nur noch 20 Prozent bis 2030. Die EU-Klimaziele einer CO_2-Reduktion um 40 Prozent bis 2030 sind deutlich ehrgeiziger, auch weil sie sich auf die Gesamtwirtschaft und das Jahr 1990 beziehen. Damals waren die Emissionen noch deutlich geringer.

Wenn die CO_2-Emissionen seit 2005 schon um 10 Prozent gesunken sind, wie wird aktuell die weitere Entwicklung prognostiziert? Muss überhaupt radikal gegengesteuert werden, um das Ziel bis 2030 zu erreichen?

Ja. Nach Jahren des relativen Rückgangs wird allgemein damit gerechnet, dass die Emissionen wieder stark ansteigen, sofern nicht gegengesteuert wird.

Welche Rolle spielt das Schiefergas, das den Energiesektor in den USA revolutioniert hat und die Preise enorm verbilligte? Hätte Obama diesen Schritt gesetzt ohne den Fracking-Boom?

Er hätte es sich wahrscheinlich trotzdem vorgenommen, aber der Widerstand wäre wohl noch größer. Das billige Erdgas erleichtert den Schritt in Richtung einer ambitionierteren Klimapolitik, aber das ist nicht der einzige Faktor. Auch in den USA ist mittlerweile die Frage der Energieeffizienz ein wichtiges Thema und in Teilen des Landes erleben die erneuerbaren Energieträger einen unglaublichen Boom. Die Erneuerbaren sind in vielerorts bereits günstiger als die fossilen Energieträger. All dies zusammen erlaubt es den USA jetzt, den eigenen Kohleverbrauch zu reduzieren und die Kohle stattdessen nach Asien zu exportieren.

Obama hat wiederholt versucht, seine Klimapolitik auf Gesetzesbasis durch den Kongress zu bringen, ist aber am Widerstand der Republikaner gescheitert. Jetzt agiert er über den Umweg der Umweltschutzbehörde EPA auf Grundlage von Verordnungen. Ist es nicht demokratiepolitisch problematisch, so weitreichende Maßnahmen ohne und gegen eine Mehrheit im Parlament umzusetzen?

Entscheidend war, dass der Gesundheitsaspekt in den Vordergrund gestellt wurde; mehrere Gerichtsurteile haben festgestellt, dass der Klimawandel eine Gefahr für die Gesundheit der US-Bürger darstellt. Dies gibt der EPA das Recht, Verordnungen zu erlassen, wenn das Parlament untätig bleibt. Dass es besser gewesen wäre, wenn der Kongress gehandelt hätte, steht außer Frage, nur hat sich dieser als handlungsunfähig erwiesen. Auch jetzt wird es wieder eine Klageflut geben und der Kongress versuchen, die Maßnahmen zu unterlaufen.

Kritiker führen auch die enormen Kosten für die Wirtschaft und Bürger an, Wachstum und Jobs seien gefährdet . . .

Das sind Kostenrechnungen, die den Nutzen der Maßnahmen außer Acht lassen. Jede Technologieumstellung führt ganz automatisch zu Kosten. Aber das sind Investitionen, die im Anschluss zu volkswirtschaftlichen Vorteilen führen, zu höherer Wertschöpfung, zu Innovationen und neuen Jobs. Gesamtwirtschaftlich sehe ich diesen Technologiewandel als Vorteil, aber natürlich produziert dieser auch Gewinner und Verlierer.

Was bedeutet diese Entwicklung – nach den USA hat jetzt auch China ein Maßnahmenpaket angekündigt (siehe Wissen) – für die globale Klimapolitik?

Bisher waren die USA und China die beiden Wirtschaftsmächte, die verbindliche Klimaziele verhindert haben. Dass beide Staaten national verbindliche Maßnahmen beschließen, ist ein enormer Fortschritt, auch wenn die Umsetzung noch Jahre dauern wird. Klar ist aber auch, dass es damit noch nicht getan ist. Wir sind noch weit entfernt vom Ziel, den Anstieg der Erderwärmung so zu begrenzen, dass eine Klimakatastrophe für Mensch und Umwelt ausbleibt. Dennoch bleibt es ein enormer Fortschritt. Europa sollte jetzt auch den nächsten Schritt setzen, um weiter mit gutem Beispiel voranzugehen. ■

Der schmutzigen Kohle soll es in den USA an den Kragen. Foto: epa

WISSEN: KLIMAPOLITIK

Bisher kämpfte Europa allein auf weiter Flur, vor allem die USA und China zeigten bei Klimaverhandlungen regelmäßig die kalte Schulter. Nach dem Vorstoß der USA deutet sich jetzt auch in Peking Bewegung in der Sache an. So will China seinen Treibhausgas-Ausstoß erstmals mit einer Obergrenze eindämmen. Die Ziele würden im Fünfjahresplan verankert, der ab 2016 gilt, erklärte der chinesische Klima-Beauftragte He Jiankun. Zwar relativierte He später seine Erklärung und sprach von einer persönlichen Meinung. Seine Worte nährten jedoch die Hoffnung auf einen Durchbruch in den seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen über weltweite Maßnahmen gegen die globale Erwärmung.
China, weltgrößter Produzent von Kohlendioxid, hat sich zwar bereits Grenzen gesetzt. Diese sind jedoch an das Wachstum gekoppelt und konnten daher die Emissionen insgesamt nicht beschneiden.

Gemeinsam staatenlos

Analyse: Die palästinensische Einheitsregierung bringt frischen Wind. Unklar bleibt, wohin er weht.

Von WZ-Korrespondent
Andreas Hackl

Ramallah. Dass Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas gerade eine neue Einheitsregierung eingeschworen hat, löst bei Fahid, einem palästinensischen Bauarbeiter, kaum Emotionen aus. „Weder der Präsident noch irgendeine andere Partei wird uns Frieden bringen", sagt der 47-Jährige, während er mit israelischen und palästinensischen Arbeitskollegen auf der Baustelle eines Büroturms in Tel Aviv beim Mittagessen sitzt. „Hättest du mich vor zwanzig Jahren gefragt, hätte ich was anderes gesagt. Aber heute kümmert mich nur eines: Wie ich mit meiner Arbeit genug Geld für meine Frau und meine sechs Kinder nach Hause bringen kann."

Weil er in Israel mindestens das Doppelte verdient, nimmt Fahid fünf Tage die Woche eine Odyssee auf sich, die ihn aus seiner Heimatstadt Hebron über Israels Militärkontrollpunkte nach Tel Aviv und wieder zurück führt. Nationalpolitik, Regierung und Widerstand sind für ihn mehr Nostalgie als bedeutsame Gegenwart. Die Errungenschaften der politischen Eliten in Ramallah hinken den Veränderungen am Boden hinterher, meint er: „Selbst wenn es bald Wahlen gibt, wo ist der Staat? Ohne Israels Erlaubnis können wir uns nicht einmal bewegen. Genauso wenig Abbas und seine Minister."

Dennoch: Eine Regierung, die aus unparteiischen Technokraten besteht und sowohl von der islamistischen Hamas als auch von der gemäßigten Fatah unterstützt wird, ist durchaus ein Durchbruch. Auch wenn dieser erst durch den akuten Mangel an Alternativen möglich wurde. „Wir sehen das Resultat von zwölf Jahren fehlgeschlagener Verhandlungen", sagt der frühere Präsidentschaftskandidat Mustafa Barghouti, einer der führenden Vermittler im Hamas-Fatah-Versöhnungsprozess. „Die neue Strategie soll das Kräfteverhältnis ändern. Durch zivilen Widerstand, Boykott und palästinensische Einheit."

Präsident Abbas hat bereits angekündigt, innerhalb von sechs Monaten Wahlen abhalten zu lassen. Um das Ziel zu erreichen, müsste vor allem an der Graswurzel ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, sagt Barghouti. Das betrifft vor allem die Verhaftungen und Einschüchterungen politischer Aktivisten der jeweils anderen Seite. Und langfristig brauche eine nationale Einheit ein wahres Mehrparteiensystem. „Viele leben aber immer noch den Traum des Einparteiensystems."

„Es gibt keinen Grund, den Atem anzuhalten", sagt Ofer Zalzberg, Israel-Experte der International Crisis Group. „Die neue palästinensische Regierung soll für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten im Amt sein. Aber tatsächlich könnte sie viel länger regieren." Das liegt vor allem daran, dass weder die Fatah noch die Hamas bereit sind, ihre Machtbasis leichtfertig für Neuwahlen aufs Spiel zu setzen.

Innerhalb der Fatah könnte sich zudem bald viel ändern, wenn die Nationalbewegung am 4. August ihren Kongress abhält, um über die neuen Parteispitzen abzustimmen. Abbas werde sich wohl nicht mehr zur Wahl stellen, glaubt der palästinensische Journalist Daoud Kuttab. Und somit könnte der Fatah-Kongress eine völlig neue Generation von Anführern hervorbringen. Um Wahlen einzuleiten, muss der Präsident mindestens drei Monaten vor dem Wahltermin die Wahlkommission mit der Vorbereitung beauftragen. Doch die Vergangenheit zeigt, auf welch wackligen Beinen entsprechende Hoffnungen ruhen. Auf die Frage, wie oft man sich seit dem vergangenen Urnengang im Jahr 2006 schon auf Parlamentswahlen „vorbereitet" habe, meint Farid Taamallah, der Sprecher der Wahlkommission: „Wir bereiten uns seit 2006 jeden Tag auf Wahlen vor, wir sind bereit." Rund 1,9 Millionen Wähler hat die Kommission mit Stand Mai 2014 registriert.

Für Israel scheint der frische Wind aus Ramallah vor allem Bedrohung zu verkörpern. „Abbas sagte ja zum Terrorismus und nein zum Frieden", erklärte Premier Benjamin Netanyahu. Doch damit wolle er vor allem ein innenpolitisches Zeichen setzen, meint Zalzberg: „Israel wird die neue Regierung ausnutzen, um seine Position im Spiel um internationale Schuldzuweisungen zu stärken. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Autonomiebehörde aber weiterlaufen." ■